



© Basler Zeitung; 19.09.2007

Regierung wirbt mit veralteten Zahlen

Landrats-Kommission stimmt für die Südumfahrung – ganz im Sinne des Regierungsrats

Die Bau- und Planungskommission hat entschieden. Die Südumfahrung soll weiter geplant werden. Das sei nötig, weil der Verkehr auch in den nächsten Jahren zunehmen wird, sagt die Regierung. Eine Behauptung, die jetzt widerlegt wird.

In der landrätlichen Kommission war das Projekt Südumfahrung höchst umstritten: Die Initiative gegen das Milliardenprojekt lehnte die Bau- und Raumplanungskommission vergangene Woche mit nur einer Stimme Differenz ab. Die Linken stimmten nach Informationen der baz gegen die Strasse, die Bürgerlichen dafür. Einzige Abweichlerin war die Biel-Benkemerin Elisabeth Schneider (CVP), die Präsidentin der IG Südumfahrung Nein.

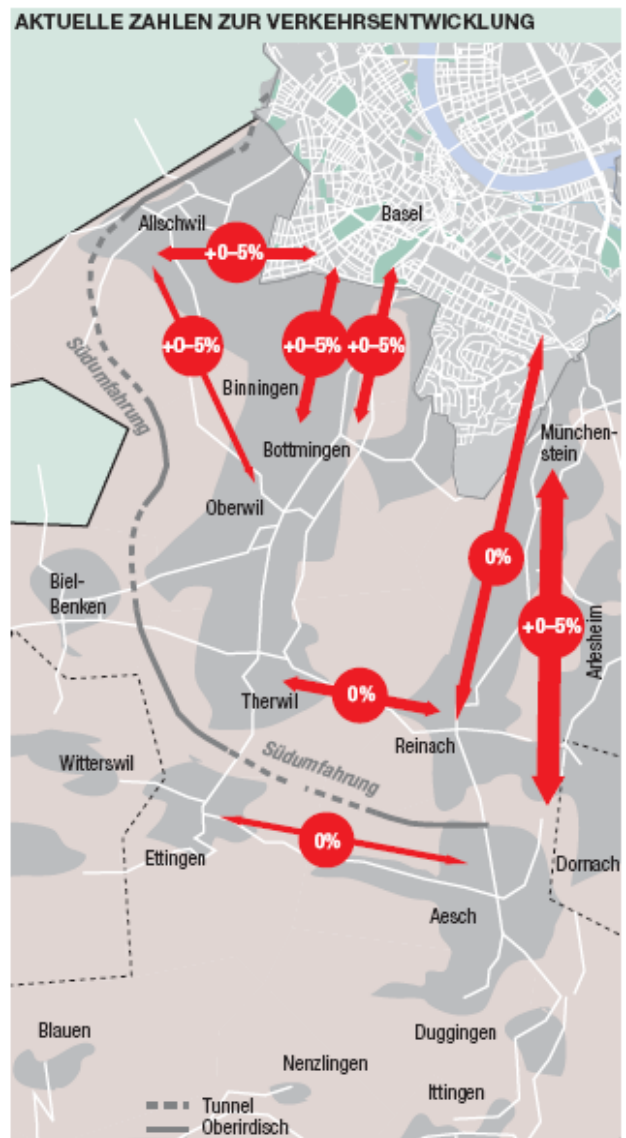
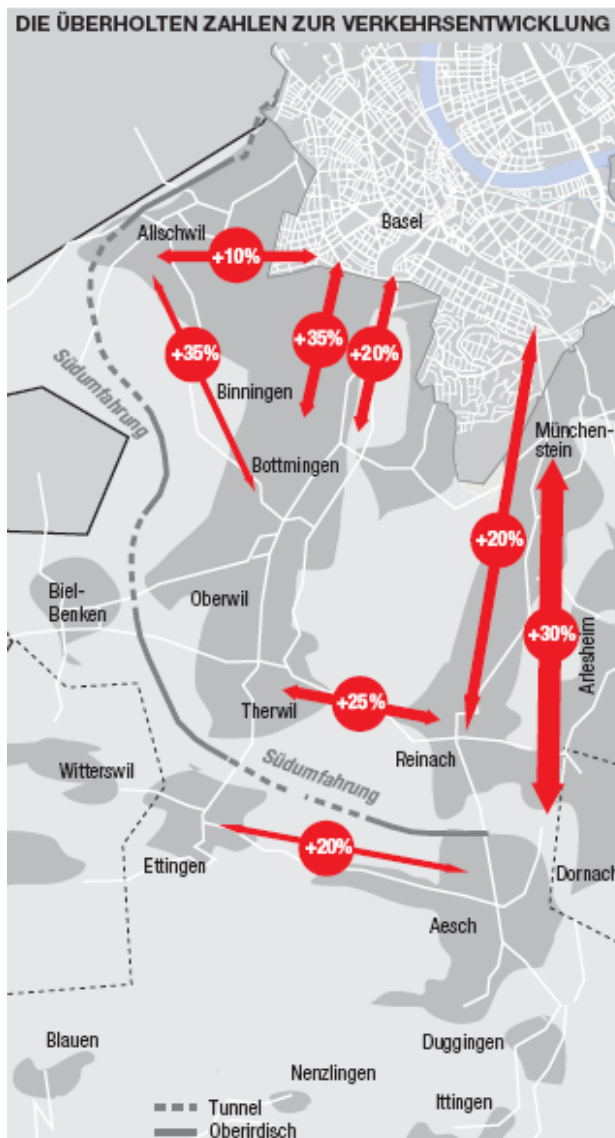
ALTE ZAHLEN. Mit ihrem Entscheid für die Strasse folgte die Kommission der Argumentation des Regierungsrates. Die «prognostizierte Verkehrszunahme» könne im Leimental «nur mit einem kombinierten Ausbau von Strasse und öffentlichem Verkehr» bewältigt werden, schreibt die Regierung in ihrer Vorlage zur Initiative. «Bis 2020 wird der Verkehr in der Agglomeration um 20 Prozent zunehmen», sagte die frühere Baudirektorin Elisabeth Schneider, welche die Vorlage noch vorbereitet hatte, kurz vor ihrem Amtsende im Juni: «Auf diesen Trend müssen wir reagieren, indem wir Entlastungsstrassen wie die Südumfahrung planen.» Ähnlich dramatisch stellt die Baudirektion die Verkehrsentwicklung in der zwei Jahre alten Broschüre «Südumfahrung – eine Option» dar, die in den Liestaler Amtsstuben noch immer aufliegt. Auf wichtigen Achsen wie jener von Binningen nach Basel oder von Allschwil nach Oberwil werde der Verkehr bis 2020 um 35 Prozent zunehmen, heisst es darin. Vor Kurzem hat die Baselbieter Baudirektion ihre eigenen Voraussagen aber widerlegt – mit dem Verkehrsmodell 2030, das sie gemeinsam mit dem Basler Baudepartement erarbeitet hat. Dem neuen Modell zufolge werden 2030 etwa

gleich viele Autos und Töffs über die Hauptstrassen in der Agglomeration rollen wie heute. Der Mehrverkehr wird sich auf die Hochleistungsstrassen kanalisieren.

DIE GRÜNDE. Die Trendumkehr führen die Planer auf folgende Ursachen zurück:

- In den nächsten Jahren wird die Bevölkerung im Unteren Baselbiet nicht gleich stark weiterwachsen wie bis heute. «Längerfristig bleibt die Bevölkerungszahl relativ stabil», sagt Alain Aschwanden, Leiter Planung im Baselbieter Tiefbauamt. Damit wird auch die Zahl der potenziellen Autofahrer nicht stark zunehmen, wie vor ein paar Jahren angenommen wurde.
- Das Tram-, Bus- und S-Bahn-Angebot im Leimental und Birstal wird ausgebaut, der Takt etwa auf der Tramlinie 10 verdichtet. «Der öffentliche Verkehr wird deshalb tendenziell eine grössere Zunahme verzeichnen als der Individualverkehr», sagt Aschwanden. In der Südumfahrungs-Broschüre von 2005 hatte die Baudirektion die Verkehrszunahme noch nicht in öffentlichen Verkehr und Individualverkehr aufgesplittet.
- Die neue Nordtangente zieht Pendler aus dem Elsass an, die jetzt über die Schnellstrasse in die Schweiz fahren, und nicht mehr auf Nebenstrassen und durch Dörfer.
- In Spitzenzeiten ist das Strassennetz stellenweise schon heute ausgelastet, ein Zuwachs ist zumindest in den Rushhours kaum mehr möglich.

VOR DEM ENTSCHEID. Für den Allschwiler FDP-Landrat Hanspeter Frey steht deshalb fest, dass es heute schon «zu viel Verkehr in den Dörfern» gebe. «Die Südumfahrung ist nötig, auch wenn der Verkehr in den nächsten Jahren nicht weiter zunehmen sollte», sagt er. Anderer Meinung ist CVP-Landrätin Elisabeth Schneider. Das neue Verkehrsmodell sei «ein Argument mehr gegen die Südumfahrung», sagt sie. «Im Birs- und Leimental gibt es an



Übertrieben. In einer Broschüre von 2005 begründete die Baudirektion die Notwendigkeit der Südumfahrung mit einer massiven Verkehrszunahme bis 2020 (l.). Davon ist im neuen Verkehrsmodell bis 2030 (r.) keine Rede mehr. Grafik: Rebekka Haeb

einzelnen Stellen Verkehrsprobleme, die gelöst werden müssen. Ein Mammutprojekt wie die Südumfahrung brauchen wir aber nicht.» Der Landrat wird am 15. November über die Initiative gegen die Südumfahrung entscheiden, das Volk voraussichtlich Anfang 2008.

Südumfahrungs-Initiative soll den Planern das Planen verbieten

VERKEHRLÖSUNGEN. Die Forderungen der Initiative «Keine Autobahn im Leimental» gehen relativ weit. Verlangt wird darin ein Planungsverbot für eine südliche Umfahrung der Agglomeration Basel. Das Planen lassen sich die Planer der Baudirektion aber kaum verbieten. Das weiss auch die IG Südumfahrung Nein, welche die Initiative

eingereicht hat. Deshalb spielte sie wiederholt mit dem Gedanken, die Initiative wieder zurückzuziehen. Bis heute. Vor Kurzem hat Elisabeth Schneider (CVP), Präsidentin der IG, im Landrat eine Motion «Für rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsleichen» eingereicht. «Falls die Motion überwiesen wird, ziehen wir die Initiative zurück», sagt Schneider jetzt. Sie geht davon aus, dass ihre Motion in der Landratssitzung vom 15. November noch vor der Initiative behandelt wird. Theoretisch könnte die Initiative auch nach der Session noch zurückgezogen werden, zumindest bis die Regierung den Abstimmungstermin festgelegt hat. Im bürgerlich dominierten Parlament wird es Schneiders Vorstoss wohl ebenso schwer haben wie die Initiative. Denn auch in der Motion wird verlangt, dass die Südumfahrung nicht in den neuen Richtplan aufgenommen wird – eine Forderung, die zuletzt auch von

der bürgerlichen Regierung abgelehnt worden ist. Weniger umstritten dürften die anderen Punkte in Schneiders Motion sein: «Lokale Verkehrslösungen» wie ein Anschluss von Aesch Nord an die H18, ein Zubringer Allschwils an die Nordtangente, eine direkte

Verbindung der Leimentaler Tramlinie zum Bahnhof oder eine bessere ÖV-Erschliessung des Reinacher Kägen-Gebiets sind bereits realisiert oder zumindest geplant. *rock*